

Johann Wilhelm Mannhardt als Skandalopfer?

Hintergründe und Folgen der Demonstration von NS-Studenten vor der Deutschen Burse am 18. Juni 1935

Hans-Werner Retterath

I. Der auslösende Vorfall und Fragen

Am Abend des 18. Juni 1935 fand in Marburg eine Demonstration unter Führung der lokalen Studentenschaftsvertreter vor der Deutschen Burse statt, die deren Leiter Prof. Dr. Johann Wilhelm Mannhardt später als »inszenierte[n] Skandal« bezeichnete.¹ Mannhardt hatte als Jungkonservativer für eine lange Zeit mit dem Nationalsozialismus sympathisiert und 1933 maßgeblich zur Gleichschaltung der Marburger Universität beigetragen.² Nach anfänglicher Kooperation traten ab 1934 aber zunehmend Diffe-

1 Bursenrundbrief Nr. 1, undat. (Mai 1950), S. 1. Die Deutsche Burse zu Marburg e.V. war 1920 mit Unterstützung des Vereins für das Deutschtum im Ausland, des Deutschen Schutzbundes, der Deutschen Stiftung und verschiedener Reichsministerien als Studentenwohnheim gegründet worden. Mit der Burse war ferner das 1918 gegründete Institut für Grenz- und Auslanddeutschtum eng verbunden. Die Heimbewohner, bestehend aus Inland- sowie Grenz- und Auslandsdeutschen, sollten mittels einer Lebens-, Haus- und Arbeitsgemeinschaft an die Probleme des Grenz- und Auslandsdeutschtum herangeführt und zur künftigen Führungselite der deutschen »Volksgruppen« im Ausland ausgebildet werden. Vgl. Berthold Petzinna, Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jungkonservativen »Ring«-Kreises 1918-1933, Berlin 2000, S. 168-177; Hans-Werner Retterath, Deutsche Burse zu Marburg/Institut für Grenz- und Auslanddeutschtum, in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinwinkler (Hg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften, Bd. 2: Forschungskonzepte – Institutionen – Organisationen – Zeitschriften, Berlin/Boston ²2017, S. 1784-1795; sowie Martin Göllnitz, Grenzkampf als Studienziel. Die volkspolitische Erziehungsarbeit der Deutsch-Nordischen Burse im kulturellen »Grenzlandringen« (1928-1939), in: Hans-Werner Retterath (Hg.), »Deutsche Bursen« seit 1920. Studentische Wohnheime als Bildungseinrichtungen der »auslanddeutschen Volkstumsarbeit«, Münster 2020, S. 179-193.

2 Der Hamburger Arztsohn Mannhardt (1883-1969) hatte schon vor dem Ersten Weltkrieg eine wissenschaftliche Erforschung des Auslandsdeutschtums gefordert. 1919 wurde er Geschäftsführer des Instituts und 1920 Leiter des Wohnheims. Der zweifach promovierte Jurist (1913) und Staatswissenschaftler (1925) erhielt nach seiner Habilitation 1927 zunächst eine außerordentliche und 1929 dann eine ordentliche Professur mit der Verpflichtung, das Grenz- und Auslandsdeutschtum in Vorlesungen und Übungen zu vertreten. Zum 1. Mai 1933 trat Mannhardt in die NSDAP (Nr.

renzen zwischen ihm und der Marburger Studentenschaftsführung auf, die sich seit 1931 in den Händen des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB) befand. Der NSDStB sah in Mannhardt als Führer des »Sondervereins« Burse einen Gegner der Formierung der Studentenschaft durch den NSDStB; zudem missbilligte Mannhardt die »revolutionäre« Radikalität der NS-Studenten. Der parteiinterne Konflikt eskalierte im Frühjahr 1935 in einer Pressekampagne gegen ihn, da er angeblich die radikalen Aktionen von ins Reich geflohenen österreichischen SA-Männern als »Kindereien« bezeichnet hat. Am Abend des 18. Juni 1935 mischten sich unter die Zuhörer eines Vortrags über das Kirchenbild auch zwei Angehörige der Sturmabteilung (SA), darunter der aus Österreich wegen NS-Aktivitäten geflohene Jura-Student Walther Hochsteiner,³ die Mannhardt hinauswies, da nur Bursenmitglieder zugelassen seien. Daraufhin zog nach Vortragsende eine Gruppe von NS-Studierenden unter der Leitung des Marburger Studentenschaftsführers und hessischen Gaustudentenbundführers Gerhard Todenhöfer vor die Burse und skandierte Mannhardt-feindliche Sprüche.⁴

2.828.565) und am 1.6.1933 in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB; Nr. 117.476) ein, dessen Dozenten später in den NS-Dozentenbund (NSDDB) überführt wurden. Nach seiner Suspendierung im Juni 1935 war er vielfach für die Wehrmacht, Abteilung Abwehr, tätig. An die Universität Breslau versetzt, amtierte er außer der Abhaltung von Kolloquien nur pro forma. Von 1939 bis 1945 leistete er Kriegsdienst. 1952 begründete er die Burse als Heim und Institut in Marburg neu, die bis 1968 fortbestand. Zu Beginn der 1960er Jahre musste er, mit zunehmender Kritik am volksdeutschen Gedanken konfrontiert, die Leitung des Instituts abgeben. Vgl. Hans-Werner Retterath, Johann Wilhelm Mannhardt, in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Alexander Pinwinkler (Hg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften*, Bd. 1: Biographien, Berlin/Boston² 2017, S. 461–468.

- 3 Der Kärntner NS-Aktivist Hochsteiner (1909–1947) wurde im August 1931 Mitglied der NSDAP (Nr. 514.487), verbüßte im Juli 1934 eine kurze Haftstrafe und floh am 20. Juli 1934 ins Deutsche Reich, da er befürchtete, in Österreich vom Studium ausgeschlossen zu werden. In Marburg studierte er vom Wintersemester 1934/35 bis zum Wintersemester 1936/37 und leitete zumindest im Sommersemester 1935 das Ostamt der Studentenschaft. 1938 kehrte der promovierte Jurist nach Österreich zurück und arbeitete in der NS-Propaganda, wurde 1940 Kreisleiter in St. Veit an der Glan und 1942 in Radmannsdorf und darauf in ganz Oberkrain. In einem Kriegsverbrecherprozess in Ljubljana wurde er mit dem Tode durch Erhängen bestraft. Siehe dazu Alfred Elste/Michael Koschat/Hanzi Filipič, NS-Österreich auf der Anklagebank. Anatomie eines politischen Schauprozesses im kommunistischen Slowenien, *Klagenfurt u.a. 2000*, S. 187–189; Philipps-Universität Marburg, Namensverzeichnis der Studierenden, Marburg 1919–1945, 118 H. 34; o.V., Ämterbesetzung der Studentenschaft, in: *Westdeutsche Akademische Rundschau* v. 12.4.1935, S. 7.
- 4 Der evangelische Pfarrerssohn Todenhöfer (1913–1973) hatte es in der Hitlerjugend zum Gauführer gebracht. 1929 wurde er Mitglied der SA, in der er bis zum Sturmbannführer aufstieg, und im März 1930 Mitglied der NSDAP (Nr. 223.095). Nach dem Abitur 1933 studierte er Rechtswissenschaften in Marburg und wurde Mitglied des NSDStB. Nachdem er schon in der Studentenschaftsführung mitgewirkt hatte, wurde er im Sommersemester 1934 zum Führer der NSDStB-Hochschulgruppe und der Studentenschaft sowie zum Gaustudentenbundführer Kurhessen (bis 1938) ernannt. 1935/36 amtierte er als Kreisführer Westdeutschland der Deutschen Studentenschaft und ab November 1936 als Gebietsbeauftragter Rhein in der Reichsstudentenführung. Im Wintersemester 1935/36 studierte er in Göttingen und danach wieder in Marburg. Dort zählte er zu den radikalsten NS-Vertretern, wofür z.B. seine maßgebliche Beteiligung an der »Rassenschande«-Aktion gegen einen jüdischen Deutschen am 26. August 1933 steht. Nach seiner Promotion Ende 1938 war er bei der NSDAP-Auslandsorganisation (NSDAP-AO) tätig und gelangte 1940 als Vertrauensmann von Martin Bormann ins Auswärtige Amt, wo er als stellvertretender Referatsleiter Deutschland III (Judenangelegenheiten) und danach als stellvertretender Leiter des Sonderreferats agierte. Auch

Noch in der Nacht erreichte Todenhöfer beim Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (kurz: Reichserziehungsministerium; REM) die umgehende Beurlaubung Mannhardts. Nach einer ergebnislosen Untersuchung, der ministeriellen Entbindung zur Abhaltung von Vorlesungen und mehreren Beurlaubungen wurde am 3. November 1937 seine Versetzung an die Universität Breslau ohne Mitnahme des Instituts, der Bibliothek und Assistentenstelle verfügt. Das mit der Burse verbundene universitäre Institut für Grenz- und Auslanddeutschum durfte Mannhardt nicht mehr betreten, und 1938 mussten die letzten Bursenkameraden aus dem Wohnheim ausziehen.

Was machte nun die Geschehnisse des 18. Juni zum Skandal? Nach der klassischen Definition eines Skandals liegt hier ein Kommunikationsereignis vor, das eine Verfehlung einer hochgestellten Person offenlegt und die kollektive Empörung eines Publikums auslöst.⁵ Der gegen das politische Selbstverständnis radikaler NS-Studenten verstoßende Verweis der österreichischen NS-Studenten und »alten Kämpfer« aus der Burse durch den Universitätsprofessor Mannhardt löste eine Empörung aus, die sich in einer öffentlichen Demonstration entlud. Das 1933 durch Mannhardts maßgebliche Mitwirkung an der Gleichschaltung der Universität erworbene Ansehen war nun endgültig implodiert. Eine genauere Untersuchung dieses Skandals erfordert einen Blick in seine Vorgeschichte, die weitere Entwicklung sowie auf den Skandalisierten und die Skandalisierer.

II. Vom Mittler zwischen Universitätsleitung und NS-Studentenschaft zum »Reaktionär« und »Konjunkturritter«

Einem Skandalereignis geht eine Entwicklung voraus, die auf einen Höhepunkt zu strebt, an dem der Skandal sichtbar wird. Die Beleuchtung der Vorgeschichte – hier das eskalierende Verhältnis zwischen Mannhardt und der Deutschen Burse einerseits und der NS-Studentenschaft andererseits – ist unabdingbar für das Verständnis des Skandals. Mannhardt trat schon früh für ein autoritäres und elitäres Politikmodell ein, das den Parlamentarismus ablehnte und auf dem Konzept von Führer und Gefolgschaft basierte. In seiner Habilitationsschrift über den italienischen Faschismus war seine politische Nähe zu Benito Mussolini unverkennbar. In der Presse äußerte er sich weitge-

verfügte er über engen Kontakt zum Propagandaministerium und zur Parteikanzlei. Vgl. Michael Grüttner, Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, Heidelberg 2004, S. 175; Klaus-Peter Friedrich, Zur Geschichte der »Marburger Jäger« zwischen 1914 und 1945, in: Ders.u.a. (Hg.), Zur Geschichte der »Marburger Jäger«, Marburg 2014, S. 57-150, hier S. 140-145; Auswärtiges Amt (Hg.), Biographisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871-1945, Bd. 5: T-Z. Nachträge, bearb. von Bernd Ispahring/Gerhard Keiper/Martin Kröger, Paderborn u.a. 2014, S. 54f.; Holger Zinn, Zwischen Republik und Diktatur. Die Studentenschaft der Philipps-Universität Marburg in den Jahren von 1925 bis 1945, Köln 2002, S. 375-392. Ferner Universitätsarchiv Marburg (UAM), Best. 307b, Nr. 1968, Promotionsakten Gerhard Todenhöfer, Lebenslauf v. 17.12.1938 sowie Zeugnis der Doktorprüfung vom 19. u. 21.12.1938.

⁵ Bernhard Pörksen/Hanne Detel, Der entfesselte Skandal. Das Ende der Kontrolle im digitalen Zeitalter, Köln 2012, S. 108. Die beiden Autor*innen beziehen sich dabei auf Karl Otto Hondrich, Entrüstung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals, Frankfurt a.M. 2002.

hend positiv über den aufkommenden Nationalsozialismus. Gleichwohl kritisierte er in einer rechtskonservativ-antirepublikanischen Zeitung, dass man den Parteienstaat nicht durch die Gründung einer Partei beseitigen könne und betonte stattdessen den Bewegungscharakter des Nationalsozialismus.⁶ In der programmatischen Schrift von Jungkonservativen zum Nationalsozialismus bezog Mannhardt aus einer auslandsdeutschen bzw. volksdeutschen Perspektive Stellung. Die Macht im Staate erlange man nur durch einen Staatsstreich oder das liberal-formalistische Mittel der Majorität. Letzteres lehnte er ebenso ab wie eine Kompromissregierung der NSDAP mit anderen Parteien. Generell trennte er in die volksdeutsche Bewegung, die ein Großteil der Nationalsozialisten ausmache, und die NSDAP als Partei. Die NSDAP sei zweifellos ein Weg und Mittel, »die volksdeutsche Bewegung im Bereich des Politischen zu verwirklichen«.⁷ Dabei sollten die Männer der Bewegung nicht nach ihrer Gehorsamsbereitschaft und Propagandafähigkeit beurteilt werden; Kritik innerhalb der Führung müsse möglich sein. Die Auslandsdeutschen vertrauten der NSDAP, jedoch sorgten sie sich, dass »die innere Verbindung mit der Bewegung nicht so stark ist, wie sie unbedingt sein müsste, wenn die Partei als Verwirklicher der Bewegung zur Macht kommen und sich in ihr halten will«.⁸ Die Partei müsse im Ausland geschickt, sachverständig und taktvoll vorgehen und die Auslandsdeutschen einbeziehen; Staats- und Volkspolitik dürfen nicht wie zu Südtirol auseinanderlaufen. Er warnte vor einer Einmischung in innere Angelegenheiten der Auslandsdeutschen und einer Störung der vorteilhaften Kooperation von deutschen und jüdischen Minderheiten im östlichen Europa.

Im Gegensatz zum Gros der Marburger Professoren unterschrieb Mannhardt den Aufruf zur Präsidentenwahl Hindenburghs Anfang 1932 nicht.⁹ Vielmehr beteiligte er sich 1932 an einem nicht näher bezeichneten Wahlauftruf zugunsten der NSDAP, obwohl er nicht ganz mit dem Text einverstanden war.¹⁰ Ferner unterschrieb er einen Aufruf der nationalen Universitäts- und Hochschullehrer als Treuebekenntnis zur nationalen Reichsregierung zur Reichstagswahl im März 1933, wobei er im Anschreiben Verbesserungsvorschläge machte.¹¹ Ebenso unterzeichnete er am 11. November 1933 das *Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat*¹² und im Januar 1934 den *Ruf an die Gebildeten der Welt*.¹³

6 Vgl. Johann Wilhelm Mannhardt, Drei Gruppen mühen sich um den Staat, in: Deutsche Allgemeine Zeitung v. 6.11.1931, S. 1-3, hier S. 3

7 Ders., Was erwarten die Auslanddeutschen vom Nationalsozialismus, in: Albrecht Erich Günther (Hg.), *Was wir vom Nationalsozialismus erwarten. Zwanzig Antworten*, Heilbronn 1932, S. 70-80, hier S. 72.

8 Ebd., S. 73f.

9 Anne Christine Nagel (Hg.), *Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte*, Stuttgart 2000, S. 93-95 (Dok. 15).

10 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Johann Daniel Achelis, 20.11.1933. Vermutlich handelte es sich um die Präsidentenwahl (13.3.1932, Stichwahl am 10.4.1932). Im Mai 1932 brachte er in der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* trotz Unterschrift seine Kritik an.

11 Ebd., Nr. 40, Oskar Stäbel an Mannhardt, 11.2.1933; ebd., Mannhardt an Oskar Stäbel, 22.2.1933.

12 Vgl. *Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat*. Überreicht vom Nat.-soz. Lehrerbund Deutschland, Gau Sachsen, o.J. [1933], S. 131.

13 Nagel, Philipps-Universität (Anm. 9), S. 188 (Dok. 83), und Anm. 20.

Mannhardt hatte 1933 zudem Aufnahmeanträge an verschiedene NS-Organisationen gesandt. Nach seinem Aufnahmeantrag an die Schutzstaffel (SS) konnte er sich eine SS-Uniform anschaffen und tragen.¹⁴ Sein Antrag an den Reserve-Motorsturm, Wagenabteilung, vom 2. November 1933 ist aus zwei Gründen von Interesse. Zum einen war einer seiner Paten der Führer der Marburger Studentenschaft, Jurastudent sowie NSDStB- und SA-Mitglied Curt Huebner, mit dem Mannhardt schon seit 1931 in vertrauensvollem Kontakt stand.¹⁵ Zum anderen führte Mannhardt in der Begründung aus, dass er in die NSDAP eingetreten sei und nun auch Mitglied der SA werden möchte, was er zunächst für untunlich gehalten habe:

»Ich bin als Nationalsozialist aus dem Felde zurückgekommen, was meine Bücher und mein Werk bezeugen. Aus außenpolitischen Gründen und mit Rücksicht auf die in meinem Hause wohnenden Auslanddeutschen konnte ich von [sic!] dem 30. Januar weder in die Partei noch in die SA eintreten.«¹⁶

An der Marburger Universität beteiligte sich Mannhardt anfangs maßgeblich an der Verankerung des Nationalsozialismus, wobei er früh als Mittler zwischen der Universitätsleitung und Professorenschaft einerseits und den Studierenden andererseits auftrat. Schon vor dem 30. Januar 1933 genoss Mannhardt das Vertrauen der NSDStB-dominierten Studentenschaft. So wählten sie ihn als Festredner für die gemeinsame studentische Reichsgründungsfeier von Marburger Korporations-Ausschuss und Allgemeiner Marburger Studentenschaft am 22. Januar 1933 aus.¹⁷ In seiner Rede betonte Mannhardt, dass der angestrebte totale Staat nicht ohne totales Volk bleiben könne. Das beinhaltete auch den Ausschluss nichtdeutscher Minderheiten aus der Staatsbürgerschaft. Der im Schützengraben erzogenen Generation gelte die Frage der Staatsform nichts gegenüber dem Streben nach Einheit und Ausbau des Reiches, wozu der gesamte deutsche »Volksboden« inklusive Österreichs gehöre. Abschließend rief er die jugendlichen Führer auf, mit positiver Haltung die Forderungen des werdenden Reiches gegen die Alten Herren zu vertreten, und die Professoren, nicht nur das technische und

14 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW), Abt. 520/Fulda-Zentral, Nr. 1770, Spruchkammerakte Mannhardt, Klageschrift des öffentlichen Klägers, 28.1.1948; UAM, Best. 308/30, Nr. 40, Mannhardt an SS-Standartenführer Schäfer, 1.12.1934; ebd., SS-Hauptsturmführer Koster an Mannhardt, 30.11.1934 (Ablehnung ohne Begründung).

15 Vgl. dazu HHStAW, Abt. 520/Fulda-Zentral, Nr. 1770, Eidesstattliche Erklärung Huebners, 19.2.1948. Zum Jurastudenten und späteren Journalisten Huebner (1907-1968), der 1930 in die NSDAP (Nr. 223.092) und SA eintrat und vom Sommersemester 1931 bis Ende 1933 1. Vorsitzender der Allgemeinen Marburger Studentenschaft und ab April 1933 ihr Führer war, vgl. Klaus-Peter Friedrich, Der Studentenschaftsführer Curt Huebner und die Marburger Bücherverbrennung am 10. Mai 1933, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 65 (2017), H. 4, S. 329-351; Nagel, Philipps-Universität (Anm. 9), S. 60, 148 (Dok. 59).

16 UAM, Best. 308/30, Nr. 40, Mannhardt an Sturmführer R. M. 6/J. 11, 2.11.1933.

17 Johann Wilhelm Mannhardt, Rede zur Reichsgründungsfeier der Allgemeinen Marburger Studentenschaft am 22. Januar 1933, in: Die Burse 4 (1933), S. 4-16; o.V., Reichsgründungsfeier der Studenten, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 1.2.1933, S. 5; Friedrich, Studentenschaftsführer (Anm. 15), S. 339f.; o.V., Reichsgründungsfeier der Marburger Studentenschaft, in: Oberhessische Zeitung v. 23.1.1933, S. 4.

fachliche Wissen zu vermitteln, sondern den Studierenden auch bei ihrer politischen Erziehung zu helfen.

Vor allem hielt Mannhardt am 2. Mai 1933 zum Nationalfeiertag der Arbeit und der Übergabe des neuen Studentenrechts die Hauptrede »Universität und Nationalsozialismus«.¹⁸ Darin relativierte Mannhardt die Freiheit der Wissenschaft, forderte gegenüber dem Ausland ein noch geschickteres politisches Verhalten ein und entwarf das Idealbild des SA-Mannes als Typus des deutschen Menschen der Zukunft. Nachdem Mannhardt am 15. Mai 1933 zum ständigen universitären Sachbearbeiter für die Angelegenheit des Arbeitsdienstes, des Wehrsports und der Wehrwissenschaft bestimmt worden war, forderte er eine Woche später unterstützt vom Studentenschaftsführer Huebner mit Erfolg für die Studenten ausreichend Zeit für den SA-Dienst und die politische Schulung ein.¹⁹ Trotz dieses Engagements kandidierte Mannhardt am 3. Mai und 3. November 1933 vergeblich für das Rektorenamt.²⁰ Verbunden mit der letzten Kandidatenkür offenbarten sich Risse im Verhältnis zu einigen NS-Stellen. Der spätere Rektor Max Baur hatte Mannhardt als Vertrauensmann der NSDAP an der Universität bezeichnet und deshalb als Kandidaten vorgeschlagen.²¹ Dies dementierte die NS-Beamtenabteilung Marburg, denn sowohl Kreisleiter Hans Krawelitzki²² als auch der Obmann des NSLB, Studienrat Fritz Heinze,²³ hätten erklärt, »dass das nicht der Fall sei und Herr Professor Mannhardt überhaupt nicht in Frage komme«.²⁴

Anscheinend war Mannhardt bei der NSDAP-Kreisleitung und dem NSLB nicht sonderlich beliebt. Das dürfte auch damit zusammenhängen, dass er sich als »Schüt-

¹⁸ Johann Wilhelm Mannhardt, Universität und Nationalsozialismus, in: Die deutsche Hochschule 1 (1933), S. 30-49; vgl. zur Feier insb. o.V., Akademischer Festakt der Universität, in: Oberhessische Zeitung v. 3.5.1933, S. 5.

¹⁹ Nagel, Philipps-Universität (Anm. 9), S. 164-166 (Dok. 65), Senatssitzungsprotokoll über die Neuordnung des Stundenplans zur Ermöglichung von politischer und wehrsportlicher Ausbildung der Studenten v. 22.7.1933.

²⁰ Ebd., S. 15, Anm. 37, u. S. 17f., Anm. 40.

²¹ Der badische Hauptlehrersohn Baur (1893-1936) wurde 1921 als Mediziner promoviert, habilitierte sich 1924 für Pharmakologie und lehrte an der Universität Kiel. 1931 wurde er als ordentlicher Professor für Pharmakologie an die Universität Marburg berufen. 1933 trat er der NSDAP und der SS bei. Im Mai 1933 wurde er Dekan der Medizinischen Fakultät und im November 1933 zum Rektor ernannt. 1935 erhielt er einen Lehrauftrag für Luftfahrtmedizin. 1936 wurde Baur wegen »mangelnder Dienstauffassung« und »Ungeeignetheit« aus der SS entlassen. Im September 1936 stürzte er während einer Reserveübung der Luftwaffe auf dem Flugplatz in Travemünde unter ungeklärten Umständen ab. Vgl. o.V., Baur, Max, in: Hessische Biografie, <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/104494207X>> (20.2.2021); Grützner, Biographisches Lexikon (Anm. 4), S. 19; Nagel, Philipps-Universität (Anm. 9), S. 17-21.

²² Krawelitzki (1900-1992) trat 1927 in die Marburger NSDAP ein, wurde 1932 Kreisleiter, 1933 Mitglied des Landtags und des Reichstags und verwaltete ab Juni 1934 (zunächst in Vertretung) bis September 1937 das Landratsamt Marburg. Siehe dazu o.V., Krawelitzki, Hans Theophil Robert, in: Hessische Biografie, <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/130505382>> (20.2.2021).

²³ Heinze (1874-1942) war Vorsitzender des Marburger Alldeutschen Verbands, trat 1930 in die NSDAP ein, wurde 1933 Kreisobmann des NSLB und Stadtverordneter; 1934/35 fungierte er als Kreisamtsleiter z.B.V. Siehe Friedrich, »Marburger Jäger« (Anm. 4), S. 94, Anm. 145.

²⁴ Nagel, Philipps-Universität (Anm. 9), S. 181-183 (Dok. 77), hier S. 182. Bühner lehnte auch den erstgenannten Baur ab.

zengrabenmensch«²⁵ und davon abgeleitet als »alter Kämpfer« gebärdete, obwohl er erst ein halbes Jahr zuvor in die Partei und den NSLB eingetreten war. Darüber hinaus ist das Hierarchiegefälle zwischen dem Ordinarius einerseits und dem »abgebrochenen« Jurastudenten Krawielitzki sowie dem nicht promovierten Gymnasiallehrer Heinze andererseits in Rechnung zu stellen. Dagegen verfügte Mannhardt bei der NS-Studentenschaftsführung anfangs über ein gewisses Ansehen. Das änderte sich, als nach Huebners Rücktritt auf den Interimsführer Rudolf Kluge im Mai 1934 Gerhard Todenhöfer Studentenschaftsführer wurde.²⁶

Will man Mannhardts Äußerung im Spruchkammerverfahren glauben, so endete seine Vermittlerrolle mit der Wahl des NS-Rektors Baur und der etwa gleichzeitigen Übernahme der Führung der Studentenschaft durch Todenhöfer.²⁷ Bereits Ende 1933 berichtete Mannhardt dem REM von der Kritik an seiner Person. Er sah sich »als politisch unzuverlässig« denunziert und fürchtete um die Zukunft der Hochschulen, »wenn man die paar nationalsozialistischen Hochschullehrer hinausekelt«. Mit der akademischen Jugend stünde es nicht gut; nur die Hochschullehrer könnten »für Zucht und ernste Arbeit sorgen«. »Die Nachrede des Konjunkturmenschen trifft uns in unserem tiefsten Ethos.« Außer den Studenten sah er sich der Kritik seiner Kollegen ausgesetzt, die unter Verweis auf seinen großen Ehrgeiz befürchteten, dass er die Marburger Universität zur NS-Hochschule machen wollte. Auch das Verhältnis zum NSDAP-Kreisleiter schien gespannt zu sein, denn Mannhardt leugnete jede Animosität gegen ihn.²⁸

1934 ließen verschiedene Ereignisse Mannhardt kritischer werden. Auf seiner Nordamerikareise von März bis Juli 1934 wurde er mit den Problemen konfrontiert, die die Agitation und das Majorisierungsbestreben des nationalsozialistischen Bund der Freunde des Neuen Deutschlands unter den Deutschamerikanern auslöste.²⁹ Zurück in Marburg musste er vom angeblichen Putschversuch des SA-Führers Ernst Röhm und der Ermordung innerparteilicher Kritiker und außerparteilicher Personen erfahren, die teilweise der NSDAP den Weg zur Macht geebnet hatten.³⁰ Auch trat der NSDStB als Elitetruppe noch radikaler auf, erklärte die nationale Revolution entgegen

25 Der Weltkriegsteilnehmer Mannhardt beschwore in seiner Schrift *Schützengrabenmenschen* (Hamburg 1919) den von Kameradschaft und Einordnung in das große Ganze geprägten Schützengrabengeist. Daraus propagierte Mannhardt das Führer-Gefolgschafts-Prinzip, wobei der Führer außer in Kleingruppen durch Ernennung zu bestimmen sei. Fehle bei »Unsozialen« das Vertrauen in den Führer, so müsse Gewalt angewendet werden (ebd., S. 49). Die Zukunft sei gesichert, wenn »das kapitalistische Zeitalter« überwunden, »die faulen Glieder unserer Gemeinschaft« ausgemerzt und die brauchbaren als ein Volk zusammenhielten (ebd., S. 53). So werde durch den Schützengrabengeist die Volkswerdung der Deutschen erreicht.

26 O.V., Semesterbeginn der Studentenschaft, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 1./2.5.1934, S. 9; Nagel, Philipps-Universität (Anm. 9), S. 547.

27 HHStAW, Abt. 520/Fulda-Zentral, Nr. 1770, Mannhardt an Spruchkammer, 3.3.1948, S. 20.

28 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Johann Daniel Achelis, 17.11.1933.

29 Hans-Werner Retterath, Deutschamerikanertum und Volkstumsgedanke. Zur Ethnizitätskonstruktion durch die auslandsdeutsche Kulturarbeit in der Zwischenkriegszeit, Marburg 2003, S. 48-50, 214, online abrufbar unter <<http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2003/0646/pdf/Retter.pdf>> (21.2.2021).

30 Zum sogenannten »Röhm-Putsch« und der Marburger Rede v. 17.6.1934 siehe den Beitrag von Martin Göllnitz im vorliegenden Band.

Abb. 1: Johann Wilhelm Mannhardt



Universitätsarchiv Marburg, Best. 312/7, Nr. 3

Hitlers Order nicht für beendet und attackierte – nicht zuletzt angestachelt durch die kritischen Reaktionen auf die Rede des Vizekanzlers Franz von Papens am 17. Juni 1934 in Marburg – auch ehemalige Verbündete wie etwa jungkonservative Professoren.³¹

Das hinderte Mannhardt jedoch nicht an seinem völkischen Engagement. So erklärte er sich gegenüber Richard Suchenwirth, dem kulturpolitischen Referenten des Berliner Hilfswerks für Flüchtlinge und Hinterbliebene, bereit, in Marburg studierende österreichische Flüchtlinge zu betreuen und einige davon in der Bursa aufzuneh-

³¹ Vgl. Klaus Retzlaff, Reinliche Scheidung, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 10.5.1935, S. 1. Der Marburger NSDStB wendete sich u.a. gegen den Marburger Juraprofessor Heinrich Herrfahrdt und den Anspruch der Jungkonservativen, sie hätten das »Dritte Reich« ermöglicht.

men.³² Sie waren wegen NS-Propaganda und Verwicklung in Terrorakte im Zuge des Verbots der NSDAP in Österreich (19. Juni 1933) und des gescheiterten Putschs (25. Juli 1934) geflohen. Auf diese Aktivisten wurde in einem Artikel über den blutmäßigen SA-Ehrbegriff in der *Westdeutschen Akademischen Rundschau* Bezug genommen, den die bürgerliche Gesellschaft nicht verstehe:

»Als Beweis dafür mag das Beispiel dienen, das ein exponierter Marburger Bürger aus-landsdeutschen Volksgenossen gegenüber gegeben hat. Er lehnte nämlich eine Unter-stützung österreichischer SA.-Männer daher ab, weil er glaubte, daß das Verteilen von Flugzetteln, Bombenlegen, politische Saalschlachten Kindereien gleich kämen. Es mögen vielleicht von diesem sogenannten ›objektiven‹ Gesichtspunkte aus Kindereien sein, im Kampfe um die politische Macht gibt es aber nur restlosen Einsatz mit allen Mitteln oder behandschuhten geistigen Kampf ohne Erfolg.«³³

Damit war niemand anderes als Mannhardt gemeint, der sich bei Rektor Baur dagegen scharf in einem Schreiben verwahrte.³⁴ Er habe sich mit Hilfe des Kärntner Bur-senkameraden Wilhelm Freisinger vor dem Wintersemester 1934/35 bemüht, mehrere akademische Kämpfer aus den reichsdeutschen Lagern der Flüchtlinge in die Burse zu bekommen. Zunächst sollte Walther Hochsteiner in die Burse kommen, der jedoch im neuen Carl Duisberg-Haus der Marburger Studentenschaft verblieben sei. Trotzdem habe Hochsteiner an der Weihnachtsfahrt der Burse teilnehmen wollen, was Mannhardt mangels Zugehörigkeit zur Burse abgelehnt habe. Mit Beginn des Wintersemes-ters seien die Kärntner Norbert Knoblich und Alfons Ulf Pirker in die Burse gekom-men, die beide kurz vor bzw. nach Semesterende nach Kärnten zurückgekehrt seien. Mannhardt habe Pirker dringend davon abgeraten, da er sich propagandistisch betä-tigt und »sich offenbar auch irgendwie an den Sprengstoffunternehmungen beteiligt« hätte. Generell habe Mannhardt in Übereinstimmung mit dem Berliner Hilfswerk je-doch eine Rückkehr befürwortet, wenn keine Verfolgung drohe, denn solche Leute wür-den in Österreich »besonders notwendig« gebraucht. Gegen Beginn des Sommersemes-

32 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Richard Suchenwirth, 27.11.1934. Mannhardt hatte wohl von den Disziplinproblemen der Österreichischen Legion gehört, denn er bemerkte, dass er kei-neswegs »irgendwelchen Studenten« hinterherlaufen wolle.

33 Emil Hoffmann, Erziehung zur Hochschule, in: *Westdeutsche Akademische Rundschau* v. 5.4.1935, S. 1f., hier S. 1. Hoffmann (geb. 1911) war NSDAP- und SA-Mitglied und gehörte der Schwarzen Front an. Zumindest im Sommersemester 1935 leitete er das Hauptamt V für Werbung und Aufklärung in der Marburger Studentenschaft und war Pressereferent im Gaustudentenbund. 1937 wurde er von der Universität Marburg als Jurist promoviert, kam 1939 zum Propagandaministerium, wech-selte 1941 zum Auswärtigen Amt und war an der Botschaft in Bukarest tätig. Obwohl der SS nicht zugetan, arbeitete er später als SS-Kriegsberichterstatter. Nach 1945 wurde er wegen Zugehörig-keit zur nationalrevolutionären Deutschen Revolution bis 1947 von den Briten inhaftiert. Danach arbeitete er als Journalist und im Ost-West-Handel, wobei er auch für die Stasi aktiv war. Vgl. o.V., Ämterbesetzung der Studentenschaft, in: *Westdeutsche Allgemeine Rundschau* v. 12.4.1935, S. 7; o.V., Die Führung des Gaustudentenbundes, in: *Westdeutsche Allgemeine Rundschau* v. 2.5.1935, S. 6; Douglas Selvage, SA-CIA-HV A: Dr. Emil Hoffmann and the »Jungle of the Secret Services« (1934-1985), in: *The Stasi at Home and Abroad. GHI Bulletin Supplement* 9 (2014), S. 115-137.

34 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Rektor Baur, 10.4.1935. Dort finden sich auch die folgen-den Zitate.

ters 1935 habe Hochsteiner Mannhardt über die Verhaftung Pirkers in Österreich informiert und Mannhardt unterstellt, die Rückkehr Pirkers nach Österreich und dort ein Abschwören seiner NS-Gesinnung verlangt zu haben. Im Übrigen hätte Mannhardt Pirkers und Hochsteiners österreichische Aktivitäten als »Kindereien« bezeichnet, wobei Mannhardt im Schreiben bemerkte, sich nicht mehr an den genauen Wortlaut erinnern zu können. Er habe unter Protest gegenüber Hochsteiner auf Missverständnisse verwiesen. Anfangs hätte er Pirkers Rückkehr gewünscht, doch wegen der Umstände ihm ein Bleiben in der Burse ermöglicht. Im Übrigen hätte er die Taten der Nationalsozialisten und besonders beider Taten nicht als Kindereien oder ähnlich bezeichnet; vielmehr hätte er Pirker darauf hingewiesen, dass die Polizeiorganisationen seine Tat vielleicht nicht kennen würden oder sie »für Kindereien oder ähnliches« halten könnten. Den Vorwurf des Abschwörens habe er als unerhört zurückgewiesen und Hochsteiner im Falle umlaufender Gerüchte der alleinigen Verbreitung beschuldigt. Zu Semesterbeginn sei Pirker in der Burse erschienen und habe Mannhardt von seinen Erlebnissen in Österreich und seiner Flucht berichtet. Dabei hätte er »strikt abgeleugnet«, Hochsteiner erzählt zu haben, dass Mannhardt die »revolutionäre Aktion« als Kinderei bezeichnet und ein Abschwören verlangt hätte. Inzwischen seien Hochsteiner und der stellvertretende Studentenschaftsführer Waldemar Müller beim Rektor gewesen, der daraufhin Pirker vernommen habe. Laut Baurs Mitteilung an Mannhardt habe Pirker beide Behauptungen abgestritten. Gegenüber Mannhardt habe sich Pirker verzweifelt gezeigt, denn er wolle sowohl mit ihm als auch mit Hochsteiner in Frieden leben.

Nach Kenntnisnahme des Artikels habe Mannhardt erfahren, dass Hochsteiner und der Artikelautor Hoffmann verbreiteten, dass er sich unerhört gegen österreichische SA-Männer benommen hätte und dass er der »exponierte Bürger« sei. Mannhardt forderte Baurs Schutz gegen diese Verleumdungen und böswilligen Gerüchte ein. Ferner sollte Hoffmann als Jurist und Nationalsozialist in dem Studentenorgan erklären, dass er »die Ehre eines Professors, eines Parteigenossen und eines Offiziers des Weltkrieges in den Schmutz getreten hat« und damit die Ehre der SA verletzt habe. »Wenn auf einen das verächtlich wirkende Wort ›Bürger‹ nicht paßt, dann bin ich es.« Gegen Ende des Schreibens verlangte Mannhardt eine strenge Bestrafung Hoffmanns und Hochsteiners. Bei Hochsteiner votierte er wegen dessen »Flüchtlingspsychose« für mildernde Umstände.

»Allerdings muß ihm klar gemacht werden, daß hier in Deutschland das Wort des Führers gilt, daß die Revolution – wenigstens mit massiven Mitteln – zu Ende ist und nicht etwa durch österreichische Revolutionäre hier fortgesetzt werden kann.³⁵

Anfang Juni teilte Rektor Baur Mannhardt das Ergebnis seiner Untersuchung mit: Der fragliche Ausdruck sei anders gemeint gewesen, er habe »in jeder Beziehung eine positive einwandfreie Betreuung in nationalsozialistischem Sinne durchgeführt«, und die Angriffe hätten wegen Mannhardts Verdiensten um das Auslandsdeutschstum unterbleiben müssen.³⁶ Gleichwohl bedauerte Baur, »dass taktische Unvorsichtigkeiten ihrerseits die Möglichkeit zu derartigen unqualifizierbaren Angriffen gegeben haben«. Er

35 Ebd.

36 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Rektor Baur an Mannhardt, 5.6.1935. Dort auch das folgende Zitat.

werde aber die Sache richtig stellen und sich bei offiziellen Parteistellen für ein Unterbleiben solcher Angriffe einsetzen.

Damit war die Angelegenheit keineswegs geklärt, vielmehr war nun das Parteimitglied Mannhardt als Gegner der radikalsten Nationalsozialisten etikettiert und bald wurde die Eskalation fortgesetzt. Am 18. Mai 1935 fand in Kassel der Gauparteitag statt, auf dem der Marburger NSDStB die Ausgestaltung des Gaustudententreffens verantwortete.³⁷ Wenn es auch in den Reden der führenden Marburger NS-Studenten vor allem um die endgültige Gleichschaltung der Korporationen ging, so wurden auch Universitätslehrer wie Mannhardt angegriffen. So verwahrte sich der stellvertretende Gaustudentenbundführer Müller unter anderem dagegen, jeden Soldaten im Ersten Weltkrieg mit dem »Ehrentitel« »Frontkämpfer« zu bezeichnen.³⁸ Vor allem Todenhöfer wandte sich gegen Universitätsdozenten:

»Heute ist es so, daß sich Bürokraten, die sich 1933 in die Partei verirrten, bei allen Gelegenheiten zum Interpreten des Nationalsozialismus machen. Wir Jungen, die wir von früh auf im politischen Kampfe gestanden haben, müssen diese Generation restlos ablehnen.«³⁹

Der NSDStB habe, so der Marburger NS-Funktionär weiter, als »Stoßtrupp« über die Reinheit der nationalsozialistischen Idee an der Universität zu wachen; er protestiere in aller Schärfe gegen jene Männer, die mit der studentischen Generation nichts mehr zu tun hätten und die darauf warteten, dass die »alten [studentischen] Kämpfer« an der Hochschule verschwänden.

III. Der Konflikt entlädt sich

Am Abend des 18. Juni 1935 kam es zum sichtbaren Höhepunkt des Konflikts, zum Skandal. Zu dessen Ablauf existieren – wie so oft – mehrere Versionen bis hin zu eindeutigen Fehldarstellungen. Am ausführlichsten berichten die Protagonisten der Auseinandersetzung – hier der Skandalisierte Mannhardt, dort der Skandalisierter Todenhöfer – über das Ereignis. Mannhardt schilderte es am nächsten Tag in einem Schreiben an den mit ihm befreundeten Rektor Baur wie folgt:⁴⁰ Für den Abend war das Referat des katholischen Seelsorgers Dr. Werner Becker über das Thema »Das Kirchenbild einer neuen Generation« angesetzt.⁴¹ Auf eine Anfrage Beckers hin hatten die Bursenkameraden

³⁷ O.V., Der Gaustudentenbund Kurhessen auf dem Gauparteitag in Kassel, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 17.5.1935, S. 6.

³⁸ [Waldemar] Müller, Gemeinschaftserziehung durch das Kameradschaftshaus, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 29.5.1935, S. 3f., hier S. 3.

³⁹ [Gerhard] Todenhöfer, Für die Reinheit der Idee an der Hochschule, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 29.5.1935, S. 4. Dort auch die nachfolgenden Zitate.

⁴⁰ UAM, 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Rektor Baur, 19.6.1935.

⁴¹ Der Theologe und Oratorianer Becker (1904-1981) wurde 1925 bei Carl Schmitt mit einer Dissertation über die Staatslehre des Thomas Hobbes promoviert. Nach weiteren Studien wurde er 1932 in Aachen zum Priester geweiht. Von 1933 bis 1938 wirkte er als Studentenpfarrer in Marburg und von 1939 bis 1943 in Leipzig. Hier war er an der Rettung von Juden beteiligt. In den letzten Kriegs-

einstimmig einen solchen Vortrag wiederholt bejaht. Da sich an diesen »unpolitischen Vortrag kirchenpolitische Fragen anschließen könnten«, sollte der Vortrag im Rahmen der Bursengemeinschaft erfolgen. Daher wurden außer den internen nur die externen Bursenkameraden eingeladen.

Abb. 2: Das Studentenwohnheim Deutsche Bürse in Marburg



Bildarchiv Foto Marburg, fm15052

Kurz vor Vortragsbeginn bemerkte Mannhardt unter den etwa 36 bis 38 Erschienenen dann einen Fremden. Laut Auskunft eines »Kameraden« handelte es sich um einen niederländischen Auslandsdeutschen, der früher in Mannhardts Seminar gewesen sei. Nachträglich ergab sich jedoch, dass der Mann namens Hofer Mannhardt als Mitglied der Vereinigung Auslanddeutscher Studierender begegnet sein musste. Um eine Unruhe zu vermeiden, monierte Mannhardt seine Teilnahme nicht. Unmittelbar vor Vortragsbeginn betrat plötzlich Hochsteiner mit einem fast allen unbekannten Herrn den Raum. Daraufhin bedeutete Mannhardt Hochsteiner, dass »es sich um eine geschlossene Gesellschaft handele, zu der ich keine Einladungen hätte ergehen lassen«. Weiter bat er die beiden, auf die Teilnahme zu verzichten, worauf Hochsteiner nur entgegnete: »Dann sind wir also unerwünscht und können wieder gehen« und verschwand mit seinem Begleiter. Wie Mannhardt später feststellte, hatte der Begleiter anschließend auf Anruf im Hause telefoniert. Zudem erfuhr Mannhardt, dass »der Begleiter einer der

monaten war er Sanitäter in der Wehrmacht. Nach Kriegsende war er erneut bis 1961 Hochschulseelsorger in Leipzig und dort von 1966 bis 1976 Leiter der Ökumenischen Arbeitsstelle. Siehe dazu Michael Ulrich, »Helft mir danken!«. Zum Tode Werner Beckers, in: *Catholica* 35 (1981), S. 318-320.

Gauleiter von Kärnten gewesen ist«. Danach bat er Hofer, »aus Gerechtigkeitsgründen« ebenfalls zu gehen. Der verließ die Burse »mit dem Widerspruch, er sei auch Ausland-deutscher«. Die Veranstaltung selbst verlief ungestört und endete bald nach 23.00 Uhr.

Kurz nachdem Becker das Haus verlassen hatte, versammelte sich vor der Burse »eine Anzahl von Männern [...], die sich langsam vermehrte«. Es war der Tag der Beisetzung der Toten von Reinsdorf.⁴² Zwecks genauer Darstellung der Vorwürfe folgt Mannhardts Erinnerung im Original:

»Ein Teil der Bursenkameraden, insbesondere die älteren, ging an den Eingang des Gartens, andere verteilten sich auf die Terrasse und die Zimmer. Es erfolgten Einzelbeschimpfungen gegen Kirche und Priester, und es bildeten sich Sprechchöre, die sich ausschließlich gegen mich richteten. Es wurde laut: ›Mannhardt, heraus! Mannhardt, verschwinde! Mannhardt ins Konzentrationslager! Mannhardt in Schutzhaft! Du Feigling! Mannhardt verrecke! Du Verräter! Wir wollen deutsche Professoren!‹ In Einzelrufen wurde auch die Burse als solche beleidigt. Inzwischen sprach Hochsteiner die Anwesenden an, indem er von seinen Verdiensten redete. Zwei Jahre lang habe er gegen die Feinde des Nationalsozialismus in Österreich gekämpft. Nun säße gar einer in der Burse. Diese Bemerkung bezieht sich auf stud. phil. Blassnig aus dem Defereggental (Osttirol). Derselbe war mir von einem Bursenkameraden, der vor einigen Semestern zum Obmann gekürt war, empfohlen worden in der Hoffnung, daß er hier in Marburg den Weg zu dem neuen Deutschland finden würde. Die Einzelbeschimpfungen traten dann zurück, und es schien eine gewisse Leitung in das Ganze zu kommen. Wie ich nachher erfahren habe – in der Dunkelheit war nichts zu sehen –, waren Todenhöfer und Hoffmann eingetroffen. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen meinem Internatsleiter und Hoffmann, wobei Hoffmann erklärte, er wäre nur noch zwei Tage in Marburg, aber den Internatsleiter Horstmann würde er noch absetzen. Am Schluß wurde bekanntgegeben, daß am nächsten Tage eine weitere Demonstration erfolgen würde. Alsdann zogen die Erschienenen mit einem Marschlied ab.«⁴³

Mannhardt hatte den Vortrag des katholischen Studentenpfarrers als heikel eingeschätzt, denn am 30. April 1935 war als Erwiderung auf die katholische Kritik an dem NS-Chefideologen Alfred Rosenberg dessen Buch *An die Dunkelmänner unserer Zeit* erschienen.⁴⁴ Dies musste auch den Studierenden bekannt sein, zumal eine Annotation beispielsweise im *Völkischen Beobachter* vom 5. Mai 1935 und in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift *Der Deutsche Student* abgedruckt wurde.⁴⁵ Auch war wenige Tage vor der Demonstration die Beschäftigung mit Rosenbergs Text das »Ziel der politischen

42 Am 18. Juni 1935 fand eine große Trauerfeier mit Hitler, Göring und Gauleiter Jordan für die Toten des Explosionsunglücks vom 13. Juni des Jahres im Sprengstoffwerk in Reinsdorf bei Wittenberg statt. Vermutlich wurde die Trauerfeier über den Rundfunk in die Marburger Stadtsäle übertragen.

43 UAM, 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Rektor Baur, 19.6.1935.

44 Alfred Rosenberg, *An die Dunkelmänner unserer Zeit. Eine Antwort auf die Angriffe gegen den »Mythus des 20. Jahrhunderts«*, München 1934.

45 *Völkischer Beobachter* v. 5.5.1935; G[erhard] S[chröder], »An die Dunkelmänner unserer Zeit«, in: *Der Deutsche Student* 3 (1935), S. 397.

Arbeit« des Pfingstlagers des kurhessischen NSDStB am Edersee.⁴⁶ Die anfängliche Zulassung des niederländischen Auslandsdeutschen belegt, dass Mannhardt den Begriff »geschlossene Gesellschaft« selektiv handhabte. Da er aber Hochsteiner als konfliktaffinen Nationalsozialisten kannte, wies er ihn samt Begleiter hinaus. Mit dem Hinweis auf das Telefonat suggerierte Mannhardt, dass die beiden bewusst provoziert hätten, um daraufhin nach vorgefasstem Plan die NS-Studenten zum Marsch auf die Bursa aufzufordern. Indem Mannhardt nur von einer »Anzahl« Demonstranten schrieb, wollte er wohl deren Zahl klein reden, und die Erwähnung der Gedenkfeier an die Opfer von Reinsdorf sollte begründen, warum überhaupt eine gewisse Zahl Demonstranten mobilisiert werden konnte. Der Verweis auf die Beschimpfung von Kirche und Priester zeigt, dass er mit seiner Befürchtung nicht völlig falsch lag. Gleichwohl stellte er sich mittels der Vielzahl der zitierten Tiraden zutreffend als das Hauptopfer dar. Ganz abgesehen von der Androhung von Schutzhaft und Konzentrationslager (KZ) wurde ihm als Nationalsozialisten bewusst, dass er damit auf eine Stufe mit Regimegegnern gestellt, in seinem soldatischen Ehrgefühl als Feigling und darüber hinaus als »undeutsch« beleidigt worden war. Dies alles erforderte seine energische Gegenwehr. So attackierte er das prahlische Verhalten Hochsteiners, der mit seiner Denunziation des österreichischen Bursenmitglieds verhindere, dass dieser »den Weg zu dem neuen Deutschland« finden könne.⁴⁷ Des Weiteren stellte Mannhardt Todenhöfer und Hoffmann als Drahtzieher hin, da sie erst dem Ganzen eine Leitung verliehen hätten. Mit der angedrohten Absetzung des Internatsleiters durch Hoffmann unterstrich Mannhardt die Unbedingtheit so mancher studentischer NS-Funktionäre. Zudem wiesen die Drohung und die Beleidigungen der Bursa auf eine reale Gefährdung der Einrichtung hin. Damit wurde Rektor Baur bedeutet, dass nicht nur Mannhardt als Universitätsprofessor, sondern auch die Bursa als studentisches Wohnheim seiner dringenden Unterstützung bedurften. Die Erwähnung einer weiteren Demonstration suggerierte, dass die Gefahr bei weitem nicht gebannt war.

Eine anders gefärbte Darstellung enthielt Todenhöfers undatierter Bericht: Am 18. Juni gegen 22 Uhr 15 teilte ihm per Telefon Hauptamtsleiter Emil Hoffmann mit, dass die »Kameraden« Hochsteiner und Kuss von Mannhardt aus der Bursa gewiesen worden seien, als sie dem Vortrage des katholischen Seelsorgers Dr. Becker zuhören wollten.⁴⁸ Als Todenhöfer davon seinen Kameraden erzählte, zeigten sie sich mit ihm über das Verhalten Mannhardts außerordentlich erregt und meinten, »man solle ihm die ›Bude‹ stürmen«. Zudem ließ sich Todenhöfer von dem herbeigerufenen Hoffmann den Sachverhalt nochmals berichten. »Der Sicherheit halber« ging Todenhöfer in die Stadtsäle, um dort von Kuss und Hochsteiner die genaue Schilderung zu hören. Inzwischen hatte sich Mannhardts Verhalten schon herumgesprochen. Hochsteiner erzählte, dass er von einem »Kameraden« zu dem Vortrag des katholischen Studentenseelsorgers Becker eingeladen worden sei. Als er mit Kuss erschienen sei, habe Mannhardt sich nach seinem

46 Pfingstlager des Gaustudentenbundes Kurhessen, in: Westdeutsche Akademische Rundschau v. 27.6.1935, S. 6. Der Pfingstsonntag war der 9. Juni.

47 UAM, 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Rektor Baur, 19.6.1935. Dort auch zum Folgenden.

48 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Abschrift des Berichts über die Kundgebung gegen Professor Mannhardt von Gerhard Todenhöfer, undat.; dort auch die folgenden Zitate.

Begleiter erkundigt. Hochsteiner habe erwidert, »dass es ein Kamerad aus Kärnten sei, der erst vor einigen Wochen geflohen sei.« Darauf habe Mannhardt gefragt, wer sie überhaupt eingeladen habe. Hochsteiner habe geantwortet, dass es ein »Kamerad« aus der Burse gewesen sei. »Prof. Mannhardt sei daraufhin etwas betreten gewesen und habe nicht den rechten Mut zum Handeln gehabt.« Hochsteiners Frage, ob sie jetzt gehen müssten, habe Mannhardt bejaht. »Unter Protestscharren der auslandsdeutschen Kameraden«, »die das Verhalten von Mannhardt nicht verstanden«, hätten Hochsteiner und Kuss das Lokal verlassen. Auf Mannhardts Entschuldigung, dass es sich um einen geschlossenen Abend handele, entgegnete Todenhöfer, »dass die Bursenabende niemals in dieser Art geschlossen gewesen sind und dass die Geschlossenheit schon durch die Anwesenheit eines anderen Studenten durchbrochen war«. Auch habe Mannhardt den anderen Studenten erst nachträglich des Saales verwiesen. Zur Demonstration führte Todenhöfer aus:

»Da die Lage immer bedrohlicher wurde und einige Kameraden zu Mannhardt ziehen wollten, habe ich mich entschlossen, um jederzeit die Leute in der Hand zu haben, mit ihnen zu gehen. Vor der deutschen Burse kam es zu grossen Kundgebungen gegen Prof. Mannhardt. Die Menge stiess immer wieder Schmährufe gegen Mannhardt aus und verlangte seine Absetzung. Die Kundgebung dauerte etwa eine halbe Stunde und verlief in vollster Disciplin [sic!]. Nach dem Absingen von Kampfliedern und einigen Hochrufen auf die österreichischen und auslandsdeutschen Kameraden wurde der Rückmarsch angetreten. Schaden ist bei dieser Kundgebung nicht entstanden.«⁴⁹

Zum Schluss seines Berichts bemerkte Todenhöfer, dass es »schon seit Semestern zu dauernden Auseinandersetzungen mit Mannhardt« gekommen sei. »Dass dieser Vorfall nur der Schlusstein einer langen Entwicklung ist, ist das Entscheidende.«

Im äußerlichen Vergleich der Berichte fällt deren unterschiedliche Länge auf, woraus man erahnen kann, wer der Angeklagte und der Kläger ist. Mannhardts Rapport ist anderthalb Mal so lang wie der von Todenhöfer. Während ein Beklagter möglichst viele Punkte zur Verteidigung aufführt, bringt ein selbstsicherer Kläger seine Anschuldigungen ohne lange Erläuterungen vor. Todenhöfer gab seinem Bericht einen offiziellen Anstrich, indem er eine nüchterne Berichtssprache wählte und die handelnden Personen mit Titel und Funktion aufführte.

Es spricht alles dafür, dass nach der früheren angeblichen Beleidigung der österreichischen »alten Kämpfer« nun ein neuer Zwischenfall provoziert wurde, um den Konflikt weiter zu eskalieren. Da in der Burse auch radikale Nationalsozialisten, insbesondere aus Kärnten, wohnten, war wohl die Nachricht von einer Veranstaltung nur für Bursenkameraden auch zu Hochsteiner und der Studentenführung gedrungen. Das bot Gelegenheit zu einer Provokation. Mit dem Verweis aus der Burse konnte Hochsteiner suggerieren, dass dieser Affront nicht nur gegen ihn und seinen Kameraden, sondern letztlich gegen die Kärntner Nationalsozialisten gerichtet war. Als Begründung konnte er den zugelassenen Hofer und die Unüblichkeit geschlossener Bursenveranstaltungen, was zum Teil auch zutraf, anführen. Mannhardts verlegene Reaktion fügte sich gut in

49 Ebd. Dort auch die folgenden Zitate.

diese Argumentationslinie ein, und das »Protestscharren« der Bursenkameraden konnte als interne Kritik an Mannhardt herausgestellt werden. Das kirchliche Vortragsthema war nebensächlich, da Todenhöfer weder den Titel noch die späteren antikirchlichen Schmähungen benannte. Auch war Hochsteiner als radikaler Nationalsozialist und Jura-Student wohl wenig oder gar nicht an einem Kirchenthema interessiert. Es passte zur Verschleierung des planmäßigen Vorgehens, dass Todenhöfer Hochsteiners Begleiter nur kurz als »Kärntner Kameraden« erwähnte. Dagegen interessierte Mannhardt die Identität des Begleiters, dem wegen des von Todenhöfer nicht erwähnten Telefonats eine recht aktive Rolle zukam und deshalb wohl nicht irgendein »Kärntner Kamerad« war. Daher könnte Mannhardts Aussage »einer der Gauleiter« zutreffen; in diesem Fall sollte jedoch Todenhöfers Namensangabe Kuss die wahre Identität des Unbekannten verschleiern.⁵⁰ Auch war wohl das Telefonat von außen in die Burse Teil des Plans, bei dem übermittelt werden sollte, ob Mannhardt die beiden vor die Tür gesetzt habe, und nun die Demonstration als scheinbar spontane Unmutsäußerung stattfinden sollte.

Zum Ablauf der Demonstration gab sich Todenhöfer als Führer und Herr der Lage, der mit Verständnis für den Zorn seiner Gefolgschaft diese aber jederzeit unter Kontrolle hat. Um sein eigenes Verhalten und das der Mitdemonstranten zu legitimieren, betonte er, dass er sich vorher eingehend informiert habe. Ferner unterstrich er mit der Floskel »die Bude stürmen« die explosive Stimmung unter den NS-Studierenden und rechtfertigte so sein Eingreifen. Dadurch sei die Kundgebung diszipliniert abgelaufen und vor allem sei kein (materieller) Schaden entstanden. Mit der Erwähnung von Hochrufen und dem Absingen von Liedern vermittelte er, dass die Demonstration wie die sonst NS-üblichen öffentlichen Aufmärsche verlaufen sei. Todenhöfer zitierte im Gegensatz zu Mannhardt nicht die Schmähungen, sondern hob die zentrale Zielsetzung der Aktion, nämlich dessen Absetzung hervor. Die Verwendung des Wortes »Schlussstein« sollte unterstreichen, dass Mannhardts Beurlaubung, also de facto sein Lehrverbot, unabänderlich und nicht mehr rückgängig zu machen sei.

In seinem Bericht versuchte Todenhöfer, Mannhardts Isolierung von nahezu allen Bursianern herauszustellen, wogegen Mannhardt in seinem Rapport das Gegenteil behauptete. Gerade die Älteren, also die ihn schon länger kannten, hätten sich den Demonstranten entgegengestellt. Zudem verwies er mit der Erwähnung des Streits zwischen Hoffmann und dem Internatsleiter auf dessen Parteinahme für ihn. Des Weiteren vermittelte Mannhardt, dass im Gegensatz zu Todenhöfers Darstellung die Kundgebung nicht nur ihm allein, sondern überdies der Burse gegolten hätte.

IV. Folgen des Skandals und Reaktionen

Auf einen Anruf Todenhöfers beim REM noch in der Nacht des 18. Juni 1935 ging am Folgetag bei der Marburger Universitätsleitung ein Telegramm des Ministeriums ein, das

⁵⁰ Ein Gauleiter namens Kuss ist nicht nachweisbar. Aufgrund seines Alters kommt der damals 31-jährige Franz Kutschera als stellvertretender Gauleiter in Frage. Aus außenpolitischen Gründen durfte nichts über Verbindungen der Österreichischen Legion nach Österreich bekannt werden.

Mannhardts umgehende Beurlaubung und eine sofortige Berichterstattung verfügte.⁵¹ Rektor Baur fuhr daraufhin am 21. Juni ins Ministerium und legte dort die Darstellungen Mannhardts und der Studentenschaft vor und erhielt die von Todenhöfer; zudem wurde Baur eine Untersuchung zugesagt.⁵² Am Folgetag bat er das REM um Aufhebung der Beurlaubung, »da Garantie für Ruhe und Ordnung gegeben werden kann«.⁵³ Am 24. Juni schrieb Mannhardt an Baur, dass er die ausgebliebene Suspendierung der Studentenschaftsführung als Ungleichbehandlung werte.⁵⁴ Der Loyalitätskonflikt zwischen der Bursenkameradschaft und den Ansprüchen des NSDStB mache das Leben in der Burse unerträglich. Auch könne er als »bemakelter Mann« nicht das öffentlichkeitswirksame 15-jährige Jubiläum der Burse und die Ferienkurse 1935 durchführen. Deshalb sollte Baur ihm bis 12.00 Uhr des 25. Juni beim Ministerium einen Bescheid erzwingen. Baur setzte dem Ministerium eine Frist bis zum Abend und kündigte an, dass er die Beurlaubung aufheben werde, wenn bis dahin kein Bescheid erfolge. Mangels Bescheid hob er die Beurlaubung auf. Stattdessen schickte das Ministerium am 28. Juni 1935 den Assessor Dr. Ernst Heinrich zur Untersuchung der Angelegenheit nach Marburg, wobei das Rektorat und die Studentenschaft aufgefordert wurden, Unterlagen und Zeugen im Streit Mannhardt – Studentenschaft bereitzustellen.⁵⁵

Die Studentenführung brachte nun ihre gesammelten Anschuldigungen gegen Mannhardt vor.⁵⁶ In einer fünfseitigen Darstellung wurde der Konflikt nicht als »vorübergehende Verstimmung« hingestellt, vielmehr beruhe er auf Mannhardts politischer Haltung und Entwicklung sowie seines persönlichen Charakters. Wegen der Förderung seiner Berufung durch Kultusminister Carl Heinrich Becker wurde Mannhardt in die Nähe des »Weimarer Systems« gerückt. Auch könne Mannhardt nicht »den Frontkämpfer schlechthin zum ›alten Kämpfer‹ im Sinne der Bewegung« machen und die jungen kämpfenden Nationalsozialisten verächtlich als »120 % ige« titulieren. Seine Selbstbezeichnung als alter Nationalsozialist habe er dadurch konterkariert, dass er nie einen Aufruf deutscher Professoren für Hitler unterschrieben habe, was eindeutig falsch war. Vor einem auslandsdeutschen Professor und Nationalsozialisten habe er sich nicht zum Nationalsozialismus bekennen wollen, worauf der keinen Studenten mehr in die Burse schicke. Mannhardt habe den Bursenkameraden den Eintritt in die SA verboten. Tatsächlich erfolgte dies aus außenpolitischen Gründen, denn es sollte nicht zu »Entstellungen volksdeutschen Willens« in Europa Anlass gegeben werden.⁵⁷

51 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Rektor Baur, 24.6.1935; ebd., Abschrift des von Karl Theodor Vahlen gez. Telegramms des REM, 19.6.1935.

52 Ebd., Mannhardt an Rektor Baur, 24.6.1935; ebd., Erklärung Mannhardts an Baur, 3.7.1935.

53 Ebd., Abschrift des Telegramms von Rektor Baur an Vahlen, 22.6.1935.

54 Ebd., Mannhardt an Rektor Baur, 24.6.1935.

55 Ebd., Vahlen an Rektor Baur, 25.6.1935 (Abschrift).

56 Ebd., Abschrift der Darstellung der Studentenschaft vom Juli 1935; ebd., Mannhardt an Rektor Baur, 14.9.1935. Baur hatte Mannhardt am 1. August 1935 die Darstellung der Studentenschaft sowie Todenhöfers Bericht vom 20. Juni 1935 jeweils in Abschrift übersandt. Dort auch die folgenden Zitate.

57 Vgl. o.V., Der Rundbriefleiter, in: Die Burse 5 (1935), S. 97–99, hier S. 98. Ausnahmsweise wurde der verstorbenen Österreicher Wilhelm Freisinger in SA-Uniform in der Burse aufgebahrt (Foto ebd., S. 101).

Anfang der 1930er Jahre habe er die meisten Parteigenossen als »politisch unreif« bezeichnet und weiterhin behauptet, dass der Nationalsozialismus »keine führenden Köpfe« habe.⁵⁸ Sodann wird Mannhardt »als Konjunkturritter vom reinsten Wasser« bloßgestellt, der je nach Wahlausgang für oder gegen die NSDAP argumentiert habe. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme habe er seine Kritik fortgesetzt – was allerdings dem Vorwurf des Konjunkturritters widerspricht. Er habe Rektor und Anfang 1933, wie schon in der »Systemzeit«, sogar Kultusminister werden wollen. Seine Mitgliedschaftsanträge an die SA, Motor-SA, SA-Reserve und SS seien alle aus politischen Gründen abgelehnt worden. In der Dozentenschaft sei er »milde gesagt, äusserst unbeliebt«, vor allem »wegen seines anmassenden Wesens, seines Ehrgeizes und seiner damit verbundenen politischen Verwandlungsfähigkeit«. Er sei ein Intrigant und Postenjäger, und als Leiter der studentischen Wohnkameradschaft Burse überdies »unmöglich«, da seine Arroganz und Unnahbarkeit kein kameradschaftliches Verhältnis zwischen ihm als Lehrer und seinen Schülern aufkommen ließen. Die auslandsdeutschen Studenten seien von ihm wirtschaftlich abhängig, da er über ihr Bursenstipendium entscheide.

Sehr viel folgenschwerer als Mannhardts Opportunismus seien seine politischen Äußerungen in der Burse. Er behauptete einen Gegensatz zwischen Nationalsozialismus und Reichswehr, kritisierte die Parteigliederungen wie die NSDAP-Auslandsorganisation (AO) und insbesondere die Leistungen des Nationalsozialismus. »So droht er, es käme bald ein 30. Juni der PO. [Politische Organisation]«. Er sorge mit seinen Anschauungen dafür, »den Nationalsozialismus ja nicht ins Auslandsdeutschum dringen zu lassen«, was er als Referent des Volksbunds für das Deutschtum im Ausland »unheilvoll anwenden« könne. Tatsächlich hatte Mannhardt mehrmals die Äußerung von Kritik in geschlossenem Kreise eingefordert und die von ihm angesprochenen Differenzen waren nicht zu leugnen. Seine Missbilligung des Vorgehens der AO begründete er mit der massiven Beschädigung der Einheit auslandsdeutscher »Volksgruppen« durch die einseitige Unterstützung der NS-Erneuerer, was bei etlichen Deutschstämmigen einen Sympathieverlust für das NS-Regime verursachte. Des Weiteren wurde Mannhardt einer verderblichen Auswahl von Bursenstudenten bezichtigt, wobei als krassester Fall der eines »erzkatholischen« österreichischen Studenten der vaterländischen Front genannt wurde. Der habe den Nationalsozialismus in Österreich als »Terrorismus« bezeichnet und Österreicher in der Burse ausspionieren können. Den Feinden des Deutschtums in Österreich gewähre Mannhardt Stipendien, lege aber nationalsozialistischen Österreichern nahe, die Burse zu verlassen, oder schließe sie trotz Einladung ihrer Kameraden aus der Burse aus. Abschließend hieß es:

»Wir wollen nicht einen Professor, vor dem wir die Studenten warnen müssen, sondern dem sie folgen können. Die Burse soll die hohe Schule für die politischen Soldaten sein, die als Nationalsozialisten in ihre Volksgruppen zurückkehren und ihnen den Glauben an das gemeinsame Vaterland geben können. Mannhardt ist für diese Aufgabe unmöglich und daher für uns nicht mehr tragbar.«⁵⁹

58 UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Abschrift der Darstellung der Studentenschaft vom Juli 1935.

59 Ebd.

Die Anschuldigungen gegen Mannhardt zeichneten sich keineswegs durch eine solide Beweisführung aus, sondern durch eine Mischung von falschen, überinterpretierten und zutreffenden Bezichtigungen sowie suggestiven Aussagen. Das taktische Verhalten Mannhardts gegenüber dem Ausland und den Auslandsdeutschen wurde als Lauheit gewertet. Die nicht offensiv nach außen bekundete Verbindung der Bursenkameraden mit dem Nationalsozialismus sollte diese nach ihrer Rückkehr in ihre Heimatländer schützen, was die Studentenführung in ihrem blinden Eifer übersah. Ebenso ging ihr der Wert der Kritik für die eigene Sache völlig ab. Besonders problematisch war der Vorwurf der Kritik an der PO. Sie musste die Politischen Leiter gegen Mannhardt in Harnisch bringen und Sympathisanten von einem offenen Einsatz für ihn abhalten.

Im weiteren Verlauf forderte die Universität vom REM die Fortsetzung der Untersuchung ein, worauf Mannhardt zu Todenhöfers Bericht und der Darstellung der Studentenschaft Stellung nehmen sollte.⁶⁰ Die Antwort erfolgte mit erheblicher Verzögerung, wobei er betonte, dass er nicht Grund zur Rechtfertigung, sondern zur Anklage habe. Ohne ein klares Urteil zu fällen, drängte das Ministerium bald auf Mannhardts Versetzung an eine andere Universität. Hatten anfangs Rektor und Kurator dabei noch eine »ehrenvolle Berufung« verlangt, so deutete sich gegen Jahresende 1935 wegen Mannhardts Forderungen eine immer größer werdende Kluft zwischen Universitätsleitung und Mannhardt an.⁶¹ Der stand schon seit Ende 1933 mit der Universität Breslau – wohl heimlich – in engem Kontakt zwecks Verlegung der Burse und wollte 1935 im Falle einer Versetzung außer dem Ordinariat noch eine Assistentenstelle, die Bibliothek und Gelddotationen dorthin übertragen wissen.⁶² Das wollte die Universität nicht hinnehmen. Ein weiterer Streitpunkt waren die Ferienkurse. Da Baur die Rücknahme der Beurlaubung nicht aufrechterhalten konnte, hatte Mannhardt ihm Ende 1935 »in aller Form mündlich« mitgeteilt, dass er nicht mehr Leiter der Ferienkurse sei.⁶³ Als nach den 1936 ausgefallenen Ferienkursen 1937 deren Planung anstand, weigerte sich Mannhardt gegenüber dem Kurator, die Adressunterlagen herauszugeben.⁶⁴ Durch seine kompromisslose Verhandlungsweise hatte er nun die ihm anfangs gewogene Universitätsleitung vollends gegen sich aufgebracht.

Zahlreiche Personen setzten sich in der Folge für Mannhardt ein, nicht ohne dessen »menschliche Unzulänglichkeiten« einzuräumen.⁶⁵ Um Zweifel an einem Dissens in der Bursenkameradschaft zu zerstreuen, bekundeten Internatsleiter der letzten zehn Jahre ihre Solidarität.⁶⁶ Die Deutsche Burse sei in der »Systemzeit« als »Faschistenkaserne« tituliert worden; man habe »vor 1933 immer wieder den – berechtigten – Vor-

⁶⁰ UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Mannhardt an Rektor Baur, 14.9.1935.

⁶¹ Ebd., Mannhardt an Frau Baur, 26.10.1935; ebd., Mannhardt an Wilhelm Engel, 4.11.1935.

⁶² UAM, Best. 308/30, Nr. 40, Kurator der Universität Breslau an Mannhardt, 3.1.1934.

⁶³ UAM, Best. 305a, Nr. 674, Mannhardt an Ludwig Gatzert, 20.12.1935.

⁶⁴ UAM, Best. 307d, Nr. 2853, Kurator an REM, 12.6.1937 (Abschrift).

⁶⁵ UAM, Best. 308/30, Nr. 139, Karl Kurt Klein an Heinrich Harmjanz, 20.9.1937 (Abschrift); ferner ebd., Erwin Wiskemann an Rektor Leopold Zimmerl, 10.6.1937 (Abschrift). Wiskemann schrieb von »einer gewissen Härte und Schroffheit« Mannhardts.

⁶⁶ UAM, Best. 308/30, Nr. 138, Solidaritätserklärung an den Rektor der Universität Marburg, undatiert (Abschrift). Zu den Unterzeichnern der Solidaritätserklärung gehörten Prof. Dr. Karl Kurt Klein (Jassy/Rumänien), Dr. Rudolf Fischer (Berlin), Pastor Gottfried Schmidt (Bretsch, Seehausen), Prof. Dr.

wurf hören müssen, nationalsozialistisch »verseucht« zu sein«. Gerade aus der Burse seien »tüchtige Vorkämpfer der nationalsozialistischen Idee im Reich und im Ausland-deutschum« hervorgegangen.

V. Unterdrückung des Skandals und abschließende Bewertung

Im Lagebericht zum Mai und Juni kolportierte der Marburger Oberbürgermeister Ernst Scheller an den Polizeipräsidenten in Kassel am 28. Juni 1935 folgendes:

»Am Dienstag, den 18.6.1935, erfolgte gegen 23,00 Uhr seitens einer Anzahl von ca. 35 Studenten eine Demonstration gegen den Prof. Dr. Mannhardt, Direktor des Instituts f. d. Deutschtum im Ausland, hier Rotenberg Nr. 21 wohnhaft. Im Institut sind fast alle Studenten katholischer Konfession. Prof. Dr. Mannhardt hatte mit dem Pfarrer Hünse-ler vereinbart, dass letzterer, am 18.6.35 im Institut am Rotenberg, vor den Studenten sprechen sollte. Ein Insasse des Instituts hatte den österreichischen Flüchtling, den stud. jur. W. Hochsteiner, hier, Behringweg Nr. 2 (Duisberghaus) wohnhaft, eingela-den. Da der Vortrag nur für die Insassen des Instituts bestimmt war, forderte Prof. Dr. Mannhardt den Hochsteiner auf, das Haus zu verlassen. Es entspann sich nun ein Streit zwischen Hochsteiner und Prof. Dr. Mannhardt, der sich auf die Studentenschaft und Prof. Dr. Mannhardt ausdehnte. Nach Aufklärung durch die Insassen des Instituts zo-gen die Studenten wieder ab.«⁶⁷

Scheller versuchte nicht nur die Demonstration herunterzuspielen, sondern stellte sie fälschlicher Weise auch in einen antikatholischen Kontext. Die Burseninsassen waren keineswegs fast nur katholisch und außerdem hatte nicht der einzige Marburger katho-lische Pfarrer referiert, sondern der katholische Theologe Werner Becker. Der evangeli-sche Scheller nutzte hier antikatholische Ressentiments im protestantischen Marburg und vor allem die sich andeutende Repression gegen die Katholische Kirche, um von der Kritik an Mannhardt abzulenken. Mit seinem Schlussatz suggerierte er die Beilegung des Konflikts.

Die mit dem Bericht verbundene Intention bietet bereits die Erklärung für den fehlenden Niederschlag in der lokalen und studentischen Presse und sogar im Lagebe-richt der Geheimen Staatspolizei (Gestapo). In der einzigen Marburger Tageszeitung, der *Oberhessischen Zeitung*, deren Chefredakteur Scheller war, wurde die Demonstration nicht erwähnt.⁶⁸ Gleiches gilt für die Zeitschrift *Der Deutsche Student* und die *Westdeut-*

Albert Holfelder (Berlin-Lankwitz), Dr. Karl Jäger (Kaaden/CSR), Dr. Andreas Hohlfeld (Dortmund), Pfarrer Friedrich Benesch (Birk, Sächsisch-Regen) und Hans Horstmann (Predigerseminar Preetz).

67 Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAM), Best. 165, Nr. 3820, Bl. 186f., Berichterstattung in poli-tischen Angelegenheiten, 28.6.1935. Scheller (1899-1942) wurde 1925 als Dr. phil. in Marburg pro-moviert und fungierte seitdem als Schriftleiter der *Oberhessischen Zeitung*. 1931 wurde er NSDAP-Mitglied (Nr. 813.692), 1933 Mitglied des Magistrats der Stadt Marburg und im April 1934 deren Oberbürgermeister, der er bis zu seinem Tod an der Ostfront blieb. Vgl. o.V., Scheller, Karl Adolf Ernst, in: Hessische Biografie, <<https://www.lagis-hessen.de/pnd/1124703217>> (21.2.2021).

68 Es wurden dazu die Ausgaben der *Oberhessischen Zeitung* vom 19. bis 30. Juni 1935 gesichtet.

sche Akademische Rundschau, die in Marburg herausgegeben wurde.⁶⁹ Von Mannhardts Beurlaubung war ebenfalls nichts zu lesen, obwohl in der *Rundschau* im November 1935 sieben Beurlaubungen erwähnt wurden.⁷⁰ Als weiterer Grund für die ausgebliebene Meldung kommen sich häufende Presseanweisungen im Sommer 1935 in Frage, nicht über studentische Dinge zu berichten, da die Verhältnisse innerhalb der Studentenschaften noch einer Klärung bedürften.⁷¹ Das Verschweigen der Demonstration sowie ihre Minimierung und Verfälschung durch den Oberbürgermeister waren erfolgreich, denn im entsprechenden Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel wurde die Demonstration nicht erwähnt.⁷²

Die NS-Studenten versuchten eine affirmative Skandalisierung, indem sie einen angeblichen »Konjunkturritter« zu Fall bringen wollten, was ihnen nicht zuletzt durch das ungeschickte Verhalten des Skandalisierten gelang. Hierzu suchten sie die öffentliche Resonanz, weshalb sie zum Mittel der Kundgebung griffen, um zu zeigen, dass Mannhardt sich außerhalb der NS-Ideologie gestellt habe. Die inszenierte Empörung griff nicht um sich, da sie von lokalen NS-Kreisen verhindert wurde. Wegen der Umsetzung der Kameradschaftshausidee, der Agitation gegen die Studentenverbindungen und Übergriffen gegen Korporierte war schon 1934 die Zahl der Studierenden in Marburg erkennbar zurückgegangen.⁷³ Daher befürchtete die Stadtspitze einen wirtschaftlichen Niedergang, unter anderem wegen wegbrechender Einnahmen bei Kleinvermietern. Dem wollten Stadt und Universität gegensteuern und die Loyalität der Einwohner*innen gegenüber dem NS-System nicht gefährden. Nicht zuletzt wurde in universitären und akademischen Kreisen ein massiver Prestigeverlust der Partei befürchtet, weshalb Anfang 1936 zur studentischen Disziplinierung die Reichssstudentenschaft unter Gustav Adolf Scheel installiert wurde. Die verantwortlichen NS-Funktionäre – Reichserziehungsminister Bernhard Rust für die Studentenschaft und der Stellvertreter des Führers Rudolf Hess für den NSDStB – hatten ein Nachlassen der studentischen Loyalität gegenüber dem Nationalsozialismus konstatiert, weshalb der rigorose Aktivismus der NS-Studenten »gezähmt« werden musste.⁷⁴

69 Der *Deutsche Student* publizierte allerdings solche und ähnliche Nachrichten nur gelegentlich, im Mittelpunkt der Zeitschrift standen meist nur grundsätzliche Artikel und Anordnungen. In der *Westdeutschen Akademischen Rundschau* v. 27.6.1935 fand sich kein Hinweis; die nächste Ausgabe erschien wegen Umstrukturierungen erst wieder am 15.11.1935.

70 O.V., Beurlaubungen an der hiesigen Universität, in: *Westdeutsche Akademische Rundschau* v. 15.11.1935, S. 6. Es handelte sich um Zwangsbeurlaubungen von jüdischen Professoren, Dozenten und einem Bibliothekar.

71 Zinn, Republik (Anm. 4), S. 384, unter Verweis auf Hans Bohrmann (Hg.), NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 3.1, bearb. von Gabriele Toepser-Ziegert, München 1987, S. 422, 429f., 451; und Hans Bohrmann (Hg.), NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 3.2, bearb. von Gabriele Toepser-Ziegert, München 1987, S. 539f., 542 u. 556f. Dies betraf hauptsächlich den Konflikt zwischen NSDStB und Korporationen.

72 Thomas Klein (Hg.), Die Lageberichte der Geheimen Staatspolizei über die Provinz Hessen-Nassau 1933-1936, Teilbd. 1: A und B, Köln/Wien 1986, S. 276-287.

73 HStAM, Best. 165, Nr. 3824, Bl. 177-186, Bl. 192f., Oberbürgermeister an Regierungspräsident (Kassel), Berichterstattung in politischen Angelegenheiten, 18.12.1935 (Abschrift).

74 Michael Grüttner, Studenten im Dritten Reich, Paderborn 1995, insb. S. 271-276.

Letztlich handelte es sich um einen der vielen kleinen Skandale, die einer breiteren Öffentlichkeit verborgen blieben. Hier gilt Martin Sabrows Feststellung:

»Nichts durfte in der Diktatur zum Skandal werden, um nicht das Machtmonopol der Staatsführung anzugreifen, aber alles konnte zum Skandal werden, weil die Macht in durchherrschten Gesellschaften auch das Verantwortungsmonopol hatte.«⁷⁵

Zur Entschärfung der Lage wurden die studentischen Hauptakteure – Todenhöfer nur für das Wintersemester 1935/36 – aus Marburg »weggelobt«. Andreas Feikert, der Reichsführer der Deutschen Studentenschaft, berief Todenhöfers Stellvertreter Müller und Hoffmann nach Berlin in die Reichsführung.⁷⁶ Zu Todenhöfer hieß es in der *Westdeutschen Akademischen Rundschau*: »SA-Sturmführer Gerhard Todenhöfer, der über 3 Semester die Marburger Studentenschaft geführt hat, ist mit Ablauf des Sommersemesters 1935 von der Führung der Marburger Studentenschaft zurückgetreten, um seine Studien in Göttingen fortzusetzen.«⁷⁷ Die *Oberhessische Zeitung* erwähnte die Demonstration und Mannhardt nicht, wohl aber Todenhöfers »schärfsten Kampf gegen die studentischen Verbände« und seine Ablehnung mehrerer Angebote von führenden Stellungen.⁷⁸ Zwecks Studienabschluss habe er die Führung in der NSDStB-Hochschulgruppe und der Studentenschaft abgelegt, aber die im Gaustudentenbund beibehalten. Ähnlich wie Mannhardt wurden auch die studentischen Aktivisten aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Durch Verweis auf ihre »Leistungen« konnten sie ihr Gesicht wahren und stiegen teilweise andernorts sogar auf.

Der Hauptskandalisierer Todenhöfer ist der »Generation des Unbedingten« zuzuordnen.⁷⁹ Als Vertreter einer »zweiten Revolution« in der Tradition der SA trat er für eine kompromisslose und rigorose Umsetzung des Nationalsozialismus ein. Ein Beispiel hierfür ist sein starker Antisemitismus schon zu seiner Marburger Zeit, der ihn später in das Referat für Judenangelegenheiten im Auswärtigen Amt brachte. Als Führer eines elitären »Stoßtrupps« stellte er sein Jurastudium zurück, um die Universität radikal umzugestalten. Sie sollte primär »politische Soldaten« und erst sekundär Wissenschaftler ausbilden.⁸⁰ Dazu gehörte auch eine weitgehende Kontrolle der Studierenden und ihrer Wohnheime durch den NSDStB. Mannhardt als Skandalisierter muss hier als

75 Martin Sabrow, Politischer Skandal und moderne Diktatur, in: Ders. (Hg.), *Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR*, Göttingen 2004, S. 7-32, hier S. 31.

76 O.V., In die Reichsführung der D. St. berufen, in: *Westdeutsche Akademische Rundschau* v. 27.6.1935, S. 4. Müller leitete nun das Grenzlandamt, Hoffmann das Hauptamt für Presse und Propaganda und fungierte als Hauptschriftleiter und Berliner Schriftleiter der *Westdeutschen Akademischen Rundschau*.

77 O.V., Wechsel in der Studentenschaftsführung, in: *Westdeutsche Akademische Rundschau* v. 15.11.1935, S. 7.

78 O.V., Studentenschaftsführer Todenhöfer verläßt Marburg, in: *Oberhessische Zeitung* v. 29.6.1935, S. 7.

79 Zu diesem Generationenbegriff vgl. Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg² 2008.

80 Dass derartige Neuentwürfe studentischer Identität im akademischen Milieu, vor allem unter den Funktionären des NSDStB weit verbreitet waren, belegt Martin Göllnitz, *Der Student als Führer? Handlungsmöglichkeiten eines jungakademischen Funktionärskorps am Beispiel der Universität Kiel (1927-1945)*, Ostfildern 2018, S. 320-403.

Täter und als Opfer bezeichnet werden. Er sah 1933 seine Chance gekommen, aus der zweiten Reihe der Professorenschaft hervorzutreten. Der Nationalsozialismus galt ihm als langersehnte Gelegenheit zur Umsetzung seiner erzieherischen und völkischen Ideen an der Universität, aber auch im Reich und im Auslandsdeutschland. Zumindest zu Beginn der NS-Zeit handelte es sich um einen Streit unter Nationalsozialisten um die Auslegung der »reinen Lehre« sowie um Macht und Einfluss. 1933/34 wurden allgemein die alten inneruniversitären Hierarchien gründlich durcheinander gerüttelt.⁸¹ Auf die Agitation der NS-Studenten gegen demokratische und jüdische Dozenten folgte nach der Papen-Rede auch die gegen Nationalkonservative, Völkische, »Märzgefallene« und »laue« Nationalsozialisten unter den Hochschullehrern, wie beispielsweise Mannhardt.⁸²

Die NS-Studentenschaftsführung wollte mit der Person Mannhardts aus ihrer Sicht einen Missstand beseitigen und die Burse übernehmen. Es wurde eine Kampagne gegen ihn entfacht, auf deren dramatischem Höhepunkt eine als plebiszitäre, vorgeblich spontane Aktion in Form einer Demonstration inszeniert wurde. Mittels der damit intendierten Erzeugung und Nutzung öffentlicher Empörung sollte Mannhardt als ideo-logischer Normabweichler gebrandmarkt und von der Universität entfernt werden. Mit einem affirmativen Skandal gelang es, das Ansehen eines vor und noch 1933 gefeierten »Helden« implodieren zu lassen.⁸³

Da ein öffentlicher Skandal dem Image und der Wirtschaft der Universitätsstadt Marburg und der Loyalität gegenüber dem NS-System geschadet hätte, wurde er von der Universitätsleitung, der Stadt Marburg sowie Teilen der Ministerien erfolgreich unterdrückt und eine öffentliche Diskussion verhindert. In der nationalsozialistischen Diktatur war eine ungleich größere Kontrolle des Skandalmanagements möglich. Die Presse schwieg und die Akteure wurden aus dem Blickfeld gedrängt.

81 Grüttner, Studenten (Anm. 74), S. 357.

82 Zinn, Republik (Anm. 4), S. 391. Selbst Rektor Baur geriet mit Todenhöfer anlässlich der Feier des 30. Januar 1936 aneinander, wobei Baur von allen offiziellen Parteistellen unterstützt wurde.

83 Zum affirmativen Skandal vgl. Sabrow, Politischer Skandal (Anm. 75), S. 28f.

